

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu der Erklärung der Bundesregierung zum Friedensprozeß im Nahen Osten

Der Bundestag wolle beschließen:

Israel und die PLO haben sich gegenseitig anerkannt und die Absicht bekräftigt, auf der Grundlage der abgeschlossenen Vereinbarungen Lösungen für eine gerechte und friedliche Entwicklung im Nahen Osten anzustreben. Was lange undenkbar schien, ist durch die verantwortungsvolle Besinnung beider Partner auf die Interessen des eigenen und des Nachbarvolkes möglich geworden.

Der Deutsche Bundestag begleitet diesen Prozeß mit solidarischer Sympathie und fordert die Bundesregierung auf,

1. den Friedensprozeß im Nahen Osten politisch mit aller Kraft zu unterstützen, den wechselseitigen Prozeß der Anerkennung zu fördern und sich insbesondere bei den arabischen Staaten für deren Unterstützung des Friedensprozesses einzusetzen;
2. den seit langem gewünschten Staatsbesuch des Bundeskanzlers in Israel nun im unmittelbaren Zusammenhang mit der Realisierung des Abkommens zwischen Israel und der PLO zu verwirklichen, dabei auch die autonom werdenden Gebiete Palästinas zu besuchen und mit den autorisierten Vertretern des palästinensischen Volkes zu sprechen;
3. alles zu tun, um die friedenswilligen Kräfte in Israel und bei den Palästinensern zu fördern, zugleich aber entschieden jede Form des Terrorismus und der Gewalt der Fundamentalisten auf beiden Seiten zu verurteilen;
4. die Verwaltung der palästinensischen autonomen Gebiete intensiv bei der Vorbereitung und Durchführung demokratischer Wahlen materiell und ideell zu unterstützen;
5. die deutsche Hilfe für Israel und dessen Integrations-Aufgaben deutlich zu steigern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren und die Entwicklungszusammenarbeit mit den palästinensischen autonomen Gebieten aufzunehmen;
6. mit der israelischen und palästinensischen Seite gemeinsam Programme zur Entwicklung der autonomen palästinensischen Gebiete zu entwickeln;

7. die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit nur mit denjenigen Staaten der Region auszubauen und weiterzuentwickeln, die den Friedensprozeß im Nahen Osten fördern;
8. sich im Rahmen der internationalen Organisationen, denen Deutschland angehört, für die entschiedene politische und wirtschaftliche Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten einzusetzen.

Bonn, den 22. September 1993

Konrad Weiß (Berlin)

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe